



Aktueller Begriff

70 Jahre NATO

Die Entwicklung der politischen Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges spiegelt sich in nur wenigen historischen Vorgängen so deutlich wie in der Geschichte der NATO. Reichen ihre organisatorischen Wurzeln noch zurück in den umfassenden Zivilisationsbruch des Zweiten Weltkrieges, war ihre Gründung bereits den völlig veränderten globalen Ordnungskriterien geschuldet, die aus jenem folgten. Nach vier Jahrzehnten Kaltem Krieg musste sich die NATO dann ihren Platz in einer von der bipolaren Machtstruktur befreiten Welt suchen und setzte zunächst auf die Triade von Dialog, Kooperation und Erhalt der Verteidigungsfähigkeit, ehe der 11. September 2001 eine neuerliche Zäsur markierte. Zum ersten Mal wurde der „Bündnisfall“ aktiviert, der eine ganze Reihe militärischer Operationen auslöste, die bis heute die globale Sicherheitsarchitektur einrahmen. Gleichzeitig hat sich zwischen der NATO und Russland in den letzten beiden Jahrzehnten eine neuerliche Konfrontation entwickelt, obwohl sich mit der Installierung des NATO-Russland-Rates 2002 zunächst eine verbesserte Zusammenarbeit anbahnte. Die Osterweiterung der NATO und der geplante Aufbau eines Raketenabwehrschirmes führten jedoch zu einer raschen und spürbaren Abkühlung der Beziehungen, die durch die russische Annexion der Krim 2014 und die Destabilisierung insbesondere in der Ost-Ukraine sowie Präsident Putins Positionierung im syrischen Bürgerkrieg an der Seite von Baschar al-Assad auch vom Kreml befördert worden ist. Manchem erscheint es fast als eine Entwicklung „back to the roots“ des Nordatlantischen Bündnisses hin zu einer Konfrontation der Supermächte.

Als sich am 4. April 1949 in Washington zehn westeuropäische Staaten – Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Portugal – mit den USA und Kanada zu einem gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsbündnis gegen die expansiven Bestrebungen der Sowjetunion zusammenschlossen, war der Zweite Weltkrieg noch nicht einmal vier Jahre beendet. Der Nordatlantikvertrag, in dem sich die Mitgliedstaaten zum kollektiven Beistand im Falle einer militärischen Aggression von außen verpflichteten, ging dabei auf den Brüsseler Pakt vom 17. März 1948 zwischen Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg zurück, der wiederum eine Erweiterung des am 4. März 1947 unterzeichneten Dünkirchener Vertrages zwischen Paris und London darstellte. Seinerzeit hatte man sich noch gegen einen neuerlichen deutschen Angriff wappnen wollen. Inzwischen erschien Moskau im Kontext der bipolaren Weltordnung und des beginnenden Kalten Krieges als machtvoller Gegner. Seither gewährt die NATO nach ihrem Selbstverständnis durch den Einsatz politischer und notfalls auch militärischer Mittel Freiheit und Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten auf der Grundlage der gemeinsamen Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Nach der Gründung zweier deutscher Staaten 1949, dem Korea-Krieg (1950–53) und dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO 1955 manifestierte sich auch

die Gegenseite in der Warschauer Vertragsorganisation („Warschauer Pakt“, 1955-91) unter Führung der Sowjetunion. Während letzterer sich bis auf den Beitritt der DDR 1956 und dem Austritt Albaniens 1968 kaum veränderte, erwies sich die NATO bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes als das politisch – und daraus folgend freilich auch wirtschaftlich – attraktivere Angebot: 1952 traten Griechenland und die Türkei bei und 1982 Spanien. Von 1966 bis 2009 war Frankreich nicht mehr in die militärischen Strukturen der NATO integriert. Der Sitz des NATO-Hauptquartiers, ursprünglich in Washington und von 1952 bis 1967 in Paris, befindet sich daher seit Oktober 1967 in Brüssel.

Trotz wiederholter Diskussionen um die Notwendigkeit der NATO nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes 1990/91 erweiterte sich die Organisation in den folgenden beiden Jahrzehnten deutlich: 1999 wurden mit Polen, Tschechien und Ungarn in einer ersten Erweiterungsrounde erstmals Staaten aus dem ehemaligen Warschauer Pakt in das Bündnis aufgenommen, 2004 folgten Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei und Slowenien, 2009 Kroatien sowie Albanien und 2017 zuletzt Montenegro. Bosnien-Herzegowina und Nordmazedonien wurde außerdem eine Beitrittsperspektive eröffnet.

Diese Erweiterung bildet die tiefgreifenden Veränderungen in der globalen Sicherheitsarchitektur nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ab, während der sich die NATO beinahe schon neu erfand. Die Organisation wollte ein Instrument des Krisenmanagements sein sowie ein Verifikations- und Durchsetzungsinstrument der Rüstungskontrolle und ein intaktes Militärbündnis für friedenserhaltende Maßnahmen der Vereinten Nationen (VN) sowie der OSZE. Dazu gehörte die Bereitschaft, auch außerhalb des eigenen Vertragsgebietes militärisch einzugreifen („Out of area-Einsätze“). Galt beim Entschluss hierzu 1992 noch die Ermächtigung durch den VN-Sicherheitsrat als legitimierende Voraussetzung, wurde dies bei den Luftangriffen auf Jugoslawien während des Kosovokrieges 1999 allerdings ignoriert. Das war Wasser auf die Mühlen der NATO-Gegner, die Militärbündnisse und mithin Krieg nicht für die geeigneten Mittel halten, um in Konflikten zu gerechten und friedenschaffenden oder -erhaltenden Lösungen zu gelangen. Hier sieht man vornehmlich die OSZE und insbesondere die VN mit ihrem Gewaltlegitimierungsmonopol in der Verantwortung.

Das von der NATO zeitgleich lancierte Projekt Partnership for Peace, in dem sich seit 1994 22 europäische und asiatische Nichtmitgliedsstaaten zur militärischen Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten engagieren, hat zum Beitritt von zwölf dieser Staaten zum Nordatlantikvertrag geführt. Andere Formate wie der „Mittelmeer-Dialog“ von 1994 zwischen sechs arabischen Staaten und der NATO oder die diesen ab 2004 ergänzende Istanbuler Kooperationsinitiative sorgen immerhin für die Aufrechterhaltung der Kommunikation.

Entscheidend für die weitere Entwicklung der NATO wird sein, inwiefern sich die Beziehungen zwischen ihr, den USA und Russland ausgestalten. Die Kündigung des INF-Vertrages durch Washington wurde vom Nordatlantikrat, dem obersten Beschlussgremium des Bündnisses, zwar einstimmig unterstützt. Gleichzeitig mahnte man aber an, die sechsmonatige Kündigungsfrist zu weiteren Konsultationen zu nutzen. Auch innerhalb der NATO verläuft der Diskurs nicht spannungsfrei, wie die Diskussionen um die Einhaltung des 2-Prozent-Zieles für Verteidigungsausgaben zeigen. Insofern scheint die NATO die großen sicherheitspolitischen Themen auch weiterhin widerzuspiegeln – gerade so, wie sie es die 70 Jahre ihres Bestehens immer schon getan hat.